CSU

Kreisverband Fürth-Land

Artikel vom 26.07.2018

Hans Herold informiert

Neuerungen im Bereich der Pflege

v. l. Erster Bürgermeister der Stadt Langenzenn Jürgen Habel, Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung Hermann Imhof und Stimmkreisabgeordneter Hans Herold, MdL

Das neue Bayerische Landespflegegeld, eine Stärkung der Kurzzeitpflege und die Aufwertung des Pflegeberufs - **eineInformationsveranstaltung des Stimmkreisabgeordneten Hans Herold mit dem Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Hermann Imhof,** gab interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Verantwortlichen in der Pflege sowie Betroffenen die Möglichkeit, Neuerungen und aktuelle Herausforderungen in diesem Bereich zu diskutieren.

„Das Thema Pflege ist heute wichtiger denn je", betonte der Stimmkreisabgeordnete Hans Herold. Hier stehe man vor großen Herausforderungen. Doch mit dem Pflege-Paket für Bayern habe die Staatsregierung vor kurzem Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Verbesserungen in diesem Bereich bedeuten und unter anderem mehr Unterstützung für pflegende Angehörige versprechen. Hierzu dient zum Beispiel das Bayerische Landespflegegeld. Dieses kann, bereits jetzt, von allen Pflegebedürftigen ab Pflegegrad 2 mit Wohnsitz in Bayern jährlich beantragt werden. Die Auszahlung beginnt im September 2018 und beträgt 1.000 Euro pro Jahr.

„Pflege geht uns alle an", so Hermann Imhof, hier müsse eine Wende im Denken erfolgen, nicht nur in der Politik, sondern in der ganzen Gesellschaft.

Um die Einrichtung bzw. Bereitstellung von Kurzzeitpflegeplätzen zu fördern und diese für

Pflegeeinrichtungen attraktiver zu machen, wurde ein Förderprogramm mit 5 Millionen Euro jährlich aufgelegt. Stationäre Pflegeplätze werden mit 60 Millionen Euro jährlich gefördert.

Dennoch, da waren sich Hermann Imhof und Hans Herold einig, dürfe man es nicht hierbei belassen. Attraktivere Arbeitsbedingungen, die weitere Verbesserung der Personalbemessung, ein bayernweit einheitlicher Tarifvertrag, nach dem das Pflegepersonal bezahlt wird, unabhängige Beratungsangebote und weniger Bürokratie – über einige dieser Themen werde bereits auf politischer Ebene beraten, so Imhof. Anregungen und Vorschläge seitens des Publikums nahmen die beiden Politiker auf.